

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 25 (1946)
Heft: 8

Artikel: Die schwedisch-russischen Handelsbeziehungen
Autor: Michaelis, Alfred
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-335409>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

als daß sie nicht diejenige Politik betreibt, welche sie selbst wünschen. Der alte Konflikt zwischen Reformisten und Revolutionären hat eine neue Form angenommen; aber die Debatten des Kongresses beweisen, wie wir es zu schildern versuchten, daß sich die Gewerkschafter eng um das Büro des Gewerkschaftsbundes scharen und daß sie sich mit einer gewaltigen Mehrheit der optimistischen Proklamation von Benoît Frachon anschließen, in welcher gesagt wird: «Der Aufstieg der CGT ist derjenige der Arbeiterklasse, die ihrem Ziel entgegenschreitet, sich selbst und die Welt von den Ketten der modernen, im Kapitalismus verkörperten Sklaverei zu befreien.»

(Übersetzt von Ernst Eichenberger, Bern.)

ALFRED MICHAELIS

Die schwedisch-russischen Handelsbeziehungen

Göteborg, im Juli 1946.

Von den 48 Kriegen, welche Schweden in der Zeit von 1521—1814 führte, hat es 9 mit Rußland ausgetragen. Daß es nach seinem letzten Kriege im Frieden von Fredrikshamm (1809) ganz Finnland an Rußland abtreten mußte — das schwedische Reich verlor somit 40 % seiner Fläche und 30 % seiner Volksmenge —, konnte es nie verwinden. Rußland galt fortan als der Erbfeind; das Ziel aller politischen Erwägungen war die Zurückgewinnung des vermeintlich untragbaren Verlustes. Seit 1809 hat Rußland keine weiteren aggressiven Handlungen gegen Schweden begangen. In der Vorstellung des Volkes blieb es dennoch der Erbfeind bis in unsere Zeit. Diese Einstellung löste, wenn auch mit der Zeit in einem sich jeweils verringernden Maße, in jeder für Rußland kritischen Situation jene aktivistischen Strömungen im schwedischen Volke aus, die während des ersten Weltkrieges eine recht starke Propaganda für den Eintritt Schwedens in den Krieg an deutscher Seite entfachen konnten, und während des letzten Krieges — zwar in einem verschwindenden Verhältnis zur Volksmehrheit — aber immerhin noch vernehmbar die Anschauung bekundeten, daß ein starkes, siegreiches Deutschland als Bollwerk gegen Rußland den schwedischen Interessen genehm sein müsse.

Die historisch bedingte Voreingenommenheit der Schweden gegen Rußland wurde kompliziert durch das allgemeine politische Mißtrauen, womit man die Entwicklung des Sowjetstaates in der kapitalistischen Welt verfolgte. Wenn auch heute die vorherrschende Meinung von der beruhigenden

Erklärung geleitet wird, daß Sowjetrußland kaum ein Interesse an einer Entfachung weltrevolutionärer Bestrebungen haben dürfte und Schweden außerdem auf Grund seiner sozialen Errungenschaften sich gegen die östliche Ideologie ziemlich immun zeigen würde, so erweisen die wirtschaftspolitischen Beziehungen, die jetzt angestrebt werden, sich dennoch als so problematisch, daß sie eine der lebhaftesten Pressedebatten der letzten Jahre hervorgerufen haben.

Der Zweck, der die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern bestimmt, ist von sowjetrussischer Seite von vornherein unumwunden gekennzeichnet worden: «Die Sowjetregierung weiß, daß die russische Volkswirtschaft nicht wieder hergestellt werden kann ohne Hilfe der europäischen Volkswirtschaft. Wir brauchen das Weltkapital, und darum müssen wir ihm das geben, was das Ziel seiner wirtschaftlichen Tätigkeit ist, — den Profit.» So erklärte Karl Radek im Jahre 1922 die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Sowjetunion mit der kapitalistischen Umwelt. In den nachfolgenden Jahren hatte Schweden nach Sowjetrußland eine Ausfuhr im durchschnittlichen Werte von 30,7 Millionen Kronen jährlich, während der durchschnittliche Einfuhrwert nur 14,2 Millionen per Jahr ausmachte. Im Laufe des zweiten Fünfjahresplanes ging der Export jedoch so erheblich zurück, daß 1938 nur noch ungefähr ein Viertel von dem erreicht wurde, was um das Jahr 1930 ausgeführt worden war. Inzwischen hatten die neuen Industrien, die größtenteils mit ausländischen Maschinen ausgerüstet waren, zu produzieren begonnen, so daß der Import jener Erzeugnisse, die Schweden hauptsächlich geliefert hatte, wie Stahl und Werkzeugmaschinen, wesentlich eingeschränkt werden konnte. Nach Beendigung des zweiten Fünfjahresplanes war die Selbstversorgung der Sowjetunion fast verwirklicht. Während Rußland im Jahre 1913 43,6 % seines Maschinenbedarfs einführen mußte, war die entsprechende Einfuhrziffer des Jahres 1937 0,9 %. Ähnlich verhielt es sich mit einer Reihe anderer einst wichtiger Importerzeugnisse, wie Autos, Pappe, Papier, deren Bedarf jetzt vollkommen durch die russische Industrie gedeckt werden konnte.

Für die schwedische Industrie war der Rückgang der Ausfuhr in dieser Zeit der Weltwirtschaftskrise besonders fühlbar. Die damalige Per A. Hansson-Regierung versuchte daher im Rahmen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms auch die Ausfuhr nach der Sowjetunion wieder zu steigern. Es kam ein Übereinkommen mit der Sowjetregierung zustande, das Rußland einen Finanzkredit von 100 Millionen Kronen einräumte, der mit 5½ % verzinst und fünf Jahre nach erfolgter Lieferungen zurückgezahlt werden sollte. Da die Mehrheit des Reichstages das Übereinkommen nicht anerkennen wollte, weil

man eine letzten Endes für die Gesamtwirtschaft nachteilige Anspannung der Industrie befürchtete, wurde es dann von russischer Seite zurückgezogen.

Nach Beendigung des finnischen Winterkrieges erfolgte ein Aufschwung der schwedisch-russischen Handelsbeziehungen. Rußland war an Eillieferungen bestimmter schwedischer Spezialerzeugnisse, wie Eisenbahnmaterial, Werkzeugmaschinen, Kugellager, Stahl, interessiert. Es erhielt durch einen im September 1940 in Moskau unterzeichneten Vertrag einen Kredit von 100 Millionen Kronen auf eine Dauer von fünf Jahren. Bevor die Lieferungen jedoch wirklich in Gang kamen, erfolgte der Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion, so daß die bestellten Erzeugnisse nicht mehr geliefert werden konnten.

Nach den jetzt geführten Verhandlungen verlautet, daß die schwedische Regierung bereit sei, der Sowjetunion einen Riesenkredit von einer Milliarde Kronen zu gewähren. Dieser Kredit, der weitaus größte, den Schweden in seiner ganzen bisherigen handelspolitischen Geschichte einem einzigen Partner je einzuräumen geneigt war, soll sich auf einen Zeitraum von fünf Jahren, verteilt zu 200 Millionen Kronen per Jahr, erstrecken. Daneben ist ein gegenseitiger Warenaustausch von 100 Millionen Kronen per Jahr vorgesehen, so daß Schweden also allein gegenüber der Sowjetunion zu einer Jahresausfuhr im Werte von 300 Millionen Kronen verpflichtet wäre.

Obwohl in der jetzigen Lage jederlei Maßnahmen zur Belebung und Hebung des Außenhandels nur wünschenswert erscheinen können und dem schwedischen Markt auch an den wichtigen russischen Austauscherzeugnissen, wie Pelz- und Lederwaren, Öl, Getreide, Textilrohwaren, durchaus gelegen ist, haben die Verhandlungen in den entsprechenden schwedischen Kreisen Bedenken, ja fast Bestürzung hervorgerufen.

Einmütig wird von der gesamten oppositionellen Presse hervorgehoben, daß die Kritik sich nicht aus politischen oder ideologischen, sondern einzig aus wirtschaftspolitischen Erwägungen ergebe.

Vereinzelte Meinungen weisen zwar auf die völlig veränderte Situation der Sowjetunion hin, die infolge der Notwendigkeit, ihre Verteidigungsbereitschaft aufrechtzuerhalten, den Wiederaufbau durchzuführen und gleichzeitig den Lebensstandard des Volkes wahrscheinlich erhöhen zu müssen, auf absehbare Zeit kaum imstande sein wird, ihren ungeheuren Bedarf durch eigene Produktion zu decken. Selbst die «Finanstidning» meint, daß der Bedarf unbegrenzt erscheine und sich auf etliche Planperioden erstrecken dürfe. Dennoch ist die vorherrschende Meinung die, daß der Einfuhrbedarf der Sowjetunion nur gelegentlicher Art und mit ihr als bleibendem Handelspartner nicht zu rechnen sei. Der augenblicksbedingte Gewinn, der sich mit

der Sowjetunion als Handelspartner bietet, stehe darum in keinem Verhältnis zu dem Risiko, das die Industriebetriebe durch Lieferungen dieser Art eingehen. In einer Betrachtung der «Handelstidning» wird der folgende kennzeichnende Fall erwähnt. Um seinen enormen Bedarf möglichst schnell decken zu können, wünscht Rußland gewöhnlich riesige Verträge mit den schwedischen Gesellschaften abzuschließen, die deren verhältnismäßig beschränkte Produktionsmöglichkeit nicht zuläßt. So soll ein größeres westschwedisches Unternehmen eine Anfrage zwecks Lieferungen von solchem Umfange erhalten haben, daß die Vertragserfüllung die gesamte Leistungsfähigkeit des Betriebes während der nächsten zehn Jahre beanspruchen würde. Das Unternehmen würde damit riskieren, seinen übrigen Kundenkreis, der international gelegen ist und eine gewisse Risikoverteilung in wirtschaftlich weniger günstigen Zeiten bietet, zu verlieren. Während dieser Zeit würde Rußland sich jedoch die Möglichkeit einer Eigenerzeugung dieser Waren schaffen, so daß jenes Unternehmen dann jede Absatzmöglichkeit einzubüßen müßte. Aber auch wenn der daran anschließende Vorschlag, die Aufträge auf mehrere Industriewerke der gleichen Branche zu verteilen, durchgeführt würde, so erscheint ihre Erfüllung unmöglich, da diese sogar die Leistungsfähigkeit der schwedischen Gesamtindustrie zu übersteigen drohen. Es wird geltend gemacht, daß nicht allein andere Handelspartner, sondern auch der inländische Bedarf zurückstehen müßte, und daß der Rahmen der jetzigen Erzeugungsmöglichkeiten der schwedischen Industrie durch die unmäßig hohen russischen Anforderungen — es geht um die Lieferung ganzer Industrie-, insbesondere Kraftanlagen — gesprengt und zu einer völligen Umgestaltung der Wirtschaft führen würde.

Die liberale Opposition «merkt die (vermeintliche) Absicht und ist verstimmt». Die sozialdemokratische Regierung wird beschuldigt, eigenmächtig gehandelt zu haben und, da der nächste Reichstag erst im Herbst einberufen wird und die Verhandlungen unterdessen ihren Fortgang nehmen, die Volksvertretung vor vollendete Tatsachen stellen zu wollen.

Im Nachkriegsprogramm der Arbeiterbewegung heißt es u. a., es sei anzunehmen, daß der Welthandel nach dem Kriege nicht frei, sondern in starkem Maße durch nationale und internationale Regulierungen gebunden sein wird. Die Schlußfolgerung der Opposition ist also, daß der sowjetrussische Auftrag nur mittels planwirtschaftlicher Methoden durchgeführt werden könne, und daß die Regierung ein staatliches Außenhandelsmonopol erstrebe.

Auf den Profit möchte die schwedische Industrie natürlich keineswegs verzichten. (Um alle Profitmöglichkeiten voll ausnutzen zu können, wurde irgendwo gar der absonderliche Gedanke geäußert, Sowjetrußland zu veran-

lassen, daß es bis 1950 warte, nachdem der sonstige «Andrang» vorbei sei, damit die schwedische Industrie sich dann ausschließlich für die russischen Interessen einspannen könne.) Man verzichtet des Profits wegen — wie einstimmig bekundet wird — auf jeden sonst scheinbar schwerwiegenden politischen und ideologischen Vorbehalt. Der Widerstand setzt erst da ein, wo die Profitfreiheit selbst gefährdet erscheint.

ALFRED MICHAELIS

Schwedische Sozialpolitik

«Wer nicht weiß, daß die kleinen Völker soziale Aufgaben von der allergrößten Wichtigkeit lange vor den großen Völkern zu lösen vermögen, der versteht nicht den Unterschied zwischen den Lebensbedingungen und der Denkweise der großen und der kleinen Staaten. Die großen Staaten haben in den kleinen stets die vorzüglichsten Versuchsstationen gefunden und werden sie wieder finden, wenn sie — was heute noch nicht in genügendem Umfange geschieht — von dieser Gelegenheit Gebrauch machen. Namentlich für alles, was menschenfreundlich und gerecht ist.» Björnstjerne Björnson

Die Eigenart der schwedischen Sozialpolitik und ihre Errungenschaften vermag man nur gerecht zu würdigen, wenn man die späte Umwandlung der wirtschaftlichen Struktur dieses Landes berücksichtigt. Die Industrialisierung Schwedens verspätete sich, gemessen an der Englands (1770—1820), um ein volles Jahrhundert. Während die Industrialisierung Deutschlands um 1850 einsetzte und sich in rasender Eile vollzog, verfügte die schwedische Industrie zu dieser Zeit nur über bescheidene, werkstattartige Unternehmungen. Die eigentliche Industrialisierung setzte in den siebziger Jahren ein, und erst nach der Jahrhundertwende gelang es dem modernen Kapitalismus, sich völlig durchzusetzen. (Im Jahre 1870 arbeiteten 15 %, 1880 18 % und 1890 22 % der Gesamtbevölkerung in der Industrie, einschließlich Bergbau und Handwerk. Während der Industrialisierungsperiode der letzten siebzig Jahre ist der Anteil der Landwirtschaft von drei Viertel des Volkes auf ein Drittel gesunken. Der industrielle Sektor umfaßt jetzt 38,2 % der Bevölkerung.)

Auf Grund dieser späten und allmählichen Entwicklung konnten die patriarchalischen Verhältnisse und Einrichtungen des Skräwesens (Zunftordnung) — offiziell wurde es zwar im Jahre 1846 aufgehoben, die völlige Gewerbefreiheit trat jedoch erst im Jahre 1864 in Kraft — sich bis in die moderne Zeit erhalten. Nach der Skräordnung hatte, im Falle der Erwerbsunfähigkeit, der Arbeitgeber — bei einer während der Arbeit verursachten Invalidität unter Umständen auf Lebenszeit — oder aber die Armenfürsorge der Gemeinde für den Arbeiter aufzukommen. Das weitgehend dezentralisierte, auf das Selbstverwaltungsrecht der Städte aufgebaute Staatswesen führte es mit sich, daß die Regelung sozialer Maßnahmen, die ein